



Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt Göttingen am 15.06.2011

„Soziale und kulturelle Einrichtungen erhalten und nicht mit der sogenannten Entschuldungshilfe-Zukunftsvertrag zerschlagen“

Der Rat der Stadt möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister, Verwaltung und die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP sollen noch vor der Kommunalwahl am 11. September, den Bürgerinnen und Bürgern Göttingens offenlegen, welche Einsparungen, Kürzungen und welche Mehreinnahmen vorgenommen und erzielt werden sollen, um die sogenannte ‚Entschuldungshilfe‘ des Landes in Anspruch nehmen zu können.
2. Die Stadt Göttingen erklärt rechtlich verbindlich eine Bestandsicherung unter den bisher existierenden Rahmenbedingungen für die bestehenden und geförderten sozialen und kulturellen Einrichtungen, und die in der öffentlichen „Diskussion“ stehenden Einrichtungen. Konkrete Beispiele: Junges Theater, Freibad Weende, die Jugendzentren der Stadt u.a.m.
3. Die Stadt Göttingen wird die Preise für Mittagessen in KITAS und Schulen bis auf weiteres nicht erhöhen.
4. Die Stadt Göttingen schließt einen weiteren Verkauf von Anteilen der Stadtwerke und damit eine weitere Privatisierung aus.
5. Die Stadt Göttingen wird keine weiteren Anteile an der Städtischen Wohnungsbau Gesellschaft verkaufen und damit privatisieren.

Begründung:

Die Öffentlichkeit hat das Recht, noch vor der Kommunalwahl im September zu erfahren mit welchen Einsparungen, Mehrbelastungen durch höhere Steuern etc., zu rechnen ist.

Bis vor kurzem war bei den Fraktionen allgemeiner Konsens, dass die freiwilligen Leistungen schon auf ein Maß zu recht gestutzt worden seien, dass man diese nicht mehr antasten könne, ohne größeren Schaden in der Stadt anzurichten und somit spürbar soziale und kulturelle Angebote einzuschränken oder der Schließung anheim zu geben. Dieser Konsens wurde endgültig verlassen als OB Meyer den Stand der schon laufenden Verhandlungen mit dem Innenministerium Niedersachsen zwecks Schließens eines sogenannten ‚Zukunftsvertrages‘, in einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden, berichtete und mit den Fraktionsvorsitzenden der Grünen, SPD, CDU und FDP abstimmte.

Es ist daher dringend geboten die Öffentlichkeit zu informieren, damit zumindest eine umfangreiche Debatte angeschoben wird, die diesem Sparwahn und der Zerschlagung großer Teile der Kultur und des sozialen Bereichs ein Ende bereitet.

Die LINKEN im Rat der Stadt Göttingen fordern eine vollkommene Transparenz und verweigern sich einer Politik einer Hinterzimmerpolitik.